



Bätterkinden



Utzenstorf



Wiler



Zielebach

## Interkommunale Arbeitsgruppe Fusionsabklärungsprojekt untere Emme

# Fusionsabklärungsprojekt untere Emme

An die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden  
Bätterkinden, Utzenstorf, Wiler und Zielebach

Dieses sechste Infoblatt orientiert Sie über die **Anträge der Interkommunalen Arbeitsgruppe und der Gemeinderäte aller vier Gemeinden und zeigt die Hauptargumente für und gegen eine Fusion auf**. Damit sind die Infoblätter vorläufig abgeschlossen. Ende Januar lädt eine kurze Broschüre zur Informationsveranstaltung ein und im Februar folgen die Abstimmungsunterlagen.

Die Gemeinden Bätterkinden, Utzenstorf, Wiler und Zielebach haben in den letzten drei Jahren die Auswirkungen einer Fusion geprüft. Am 18. Mai 2014 haben die Stimmberechtigten aller vier Gemeinden die Weiterführung der Fusionsabklärungen gutgeheissen. Seither hat die Interkommunale Arbeitsgruppe, bestehend aus allen Gemeinderäten der vier Gemeinden und deren Verwaltungskader, die Fusionsdokumente (Fusionsvertrag und Reglemente) erarbeitet.

In der öffentlichen Vernehmlassung zu den Fusionsdokumenten sind 65 Eingaben eingetroffen, deren Anliegen teilweise umgesetzt werden konnten. Die öffentliche Mitwirkung zum neuen Gemeindewappen hat 199 Vorschläge erbracht. Daraus werden nun zwei Wappen vorgeschlagen.

Die Arbeitsgruppe hat am 21. November 2014 an einer ganztägigen Klausur die Weichen gestellt.

- **Die Interkommunale Arbeitsgruppe beantragt den Gemeinden die Fusion.**
- Am gleichen Tag haben die Gemeinderäte aller vier Gemeinden ihre Sitzungen durchgeführt.
- **Die Gemeinderäte aller vier Gemeinden beantragen den Stimmberechtigten die Fusion.**

Das Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern hat die Fusionsdokumente vorgeprüft und als genehmigungsfähig bezeichnet. Sie sind ab 22. Dezember 2014 in der definitiven Fassung in allen Gemeindeverwaltungen einsehbar und auf [www.landshut.ch](http://www.landshut.ch) aufgeschaltet. Im Januar erhalten alle Haushalte die Informationsbroschüre als Einladung für die öffentliche Informationsveranstaltung vom 18. Februar 2015. Die Fusionsabstimmung wird in allen vier Gemeinden am 8. März 2015 als Urnenabstimmung durchgeführt.

Falls alle vier Gemeinden annehmen, entsteht am 1. Januar 2016 eine neue Gemeinde mit rund 8'500 Einwohnern. Der Gemeinderat wird vom Volk gewählt und hat neun Mitglieder. Die zehn Kommissionen haben je sieben bis neun Mitglieder und werden vom Gemeinderat gewählt. Die Verwaltung wird an drei bestehenden Standorten geführt: Abteilung Bevölkerung in Utzenstorf, Abteilung Bau in Bätterkinden und Abteilung Finanzen in Wiler. Die Arbeitsgruppe rechnet mit einer Steueranlage von 1.60 Einheiten und einer Liegenschaftssteuer von 1 Promille des amtlichen Werts. Die Gebühren sind in ähnlicher Höhe wie bisher vorgesehen.

Die definitiven Dokumente und Fakten für die Meinungsbildung liegen nun vor. Die Arbeitsgruppe dankt allen Beteiligten für ihren Einsatz in diesem zukunftsweisenden Vorhaben und steht für Ergänzungen zur Verfügung.

Interkommunale Arbeitsgruppe  
Fusionsabklärungsprojekt untere Emme  
Bätterkinden/Utzenstorf/Wiler/Zielebach  
Dezember 2014



Bätterkinden



Utzenstorf



Wiler



Zielebach

## Interkommunale Arbeitsgruppe Fusionsabklärungsprojekt untere Emme

### Hauptargumente für und gegen eine Fusion

**Für eine Fusion** der vier Gemeinden und Integration der drei Verbände zur neuen Gemeinde Landshut sprechen hauptsächlich folgende Argumente:

1. Die Gemeinde Landshut kann die Gemeindeaufgaben im Vergleich zu heute einfacher, günstiger, besser und demokratischer erfüllen.
2. Der Zeitpunkt 1. Januar 2016 ist für die Fusion ideal.
3. Die Vorteile und Chancen der Fusion überwiegen deutlich.

**Gegen eine Fusion** sprechen hauptsächlich folgende Argumente:

1. Die Fusion bringt für alle Beteiligten Veränderungen, sei es für die Bevölkerung, die Behörden, das Personal, die Körperschaften, die Parteien, das Gewerbe und die Industrie. Veränderungen können verunsichern.
2. Es besteht kein Zwang zur Fusion. Die Gemeinden und Verbände funktionieren in sich und sind finanziell gesund.
3. Die Verbundenheit mit den gewachsenen Strukturen ist gross und es fällt teilweise schwer, sich von Gemeindefürnamen, -wappen und -strukturen zu trennen.

### Zu den Argumenten für eine Fusion

Die Gemeinde Landshut kann die Gemeindeaufgaben im Vergleich zu heute einfacher, günstiger, besser und demokratischer erfüllen.

#### Einfacher, weil...

- wir gemeinsam aus einer Hand unsere Region und Gemeinde organisieren können,
- statt sieben Behördenorganisationen noch eine Behörde tätig ist und die Anliegen aus der Bevölkerung mit einer Stimme gegenüber Region und Kanton vertreten kann,
- wir die Zukunft der Gemeinde gestalten können, statt uns dauernd über Verträge und Kostenverteiler mühsam zu finden.

#### Günstiger, weil...

- die Einsparungen aus der Fusion sogar ohne Personalreduktion mindestens 0.2 Steueranlagezehntel oder mehr als 200'000 Franken pro Jahr betragen,
- kein unnötiger und teurer Aufwand für Doppelspurigkeiten und zeitaufwendige Umwege betrieben werden muss,
- die Umsetzungskosten von rund 700'000 Franken deutlich tiefer als der Kantonsbeitrag von rund 1'500'000 Franken sind.

#### Besser, weil...

- die Gemeinde stärker wird und eine durch das Volk gewählte politische Führung (Gemeinderat) auf alle Gemeindeaufgaben Einfluss nehmen kann und so künftige Herausforderungen erfolgreicher meistert,
- das Personal in Verwaltung und Werkhof effizient eingesetzt werden kann, sinnvolle Teamgrössen Stellvertretungen ermöglichen, die Gemeinde Landshut im ausgetrockneten kommunalen Arbeitsmarkt attraktiv sein wird und die Verfügbarkeit von wertvoller Fachkompetenz einfacher sicherstellen kann,
- die Zonenplanung und die Baureglemente aus einer Hand für das ganze neue Gemeindegebiet erstellt werden können.

#### Demokratischer, weil...

- sich alle Stimmberechtigten direkt zu den grossen anstehenden gemeinsamen Geschäften wie Neubau Feuerwehrgebäude und Schulraumplanung äussern können,
- Verbandsgeschäfte und -budgets wieder in die Gemeinde integriert werden,
- die Parteien in Gemeinderat und Kommissionen gerechter vertreten sind.